

Bayerische Agrarmillionäre bleiben Geheimsache

LANDWIRTSCHAFT Weil sich der Freistaat weigert, die Empfänger von Agrarsubventionen zu veröffentlichen, leitet Brüssel jetzt ein Verfahren gegen Deutschland ein.

VON HANNAH ROTH, MZ

BRÜSSEL. Die Geheimniskrämerei sollte gestern zu Ende sein. Doch anstatt alle Subventionsempfänger von Agrarhilfen aufzulisten, wie es das EU-Recht vorschreibt, fehlen nach wie vor die Daten aus Bayern. Das Bundesland weigert sich beharrlich, die Empfänger samt Summe zu nennen. Gestern zog die EU-Kommission nun ihre Konsequenzen und eröffnete ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland. Die größten Subventions-Absahner sind Lebensmittelkonzerne.

Großkonzerne größte Profiteure

Ausgerechnet aus der eigenen Heimat kommt Widerstand: Obwohl Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) auf ein geschlossenes Vorgehen gedrängt hatte, scherte Bayern aus. Man wolle eine Neiddebatte verhin-

dern und verlange deshalb, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) darüber entscheide, ob die Veröffentlichung mit dem Datenschutz vereinbar sei, hieß es bis zuletzt aus München. Nun wird der EuGH eventuell eine ganz andere Entscheidung treffen müssen, nämlich im Verfahren gegen Deutschland. Denn für die EU-Kommission bedeutet die bayerische Weigerung, dass Berlin seiner Pflicht nicht nachgekommen ist und somit EU-Recht verletzt hat. Wie hoch die Forderungen im Falle einer Klage ausfallen, sei derzeit nicht bezifferbar, sagte ein Kommissionssprecher. Fest stehe jedoch, dass sich Verfahren dieser Art über mehrere Jahre hinziehen könnten. Kommt es tatsächlich so weit – Bayern kann immer noch einlenken – wird die Strafzahlungsforderung in Berlin auflaufen. Dort wird dann entschieden werden müssen, inwiefern der Freistaat zur Kasse gebeten wird.

Im Mittelpunkt des Streits stehen die 5,4 Milliarden Euro an Subventionen, die Brüssel jedes Jahr für die deutsche Landwirtschaft überweist. Auch wenn bayerische Daten noch fehlen, zeigt sich nun schwarz auf weiß, was Kritiker stets bemängeln: Weniger einzelne Bauern als Großkonzerne sind die Nutznießer des EU-Geldsegens.

Am meisten kassierte im vergangenen Jahr die Mannheimer Südzucker AG ab. Sie erhielt insgesamt rund 34,4 Millionen Euro. Auf Rang zwei folgte mit 10,3 Millionen das Land Schleswig-Holstein. Doch auch die Großmolkerei Campina mit 2 Millionen sowie der Fleischkonzern Tönnies mit 2,7 Millionen Euro tummelten sich unter den Topempfängern. Gelder, die tatsächlich an Landwirte gingen, erhielten zuvorderst Groß-Agrarbetriebe in Ostdeutschland.

180 Subventionsmillionäre in Italien

Agrarmillionäre gibt es natürlich auch in anderen Mitgliedsstaaten. Rund 700 – die deutschen nicht miteingerechnet – zählte die Transparenz-Initiative Farmsubsidy, die sämtliche Daten aller Länder auswertete. Die meisten Subventionsmillionäre sitzen in Italien. Laut Farmsubsidy erhielten 180 Betriebe zwischen Mailand und Neapel über eine Million Euro. Mit insgesamt 140 Millionen Euro kassierte der Zuckerkonzern Italia Zuccheri im vergangenen Jahr am üppigsten ab. Weitere Topsubventionsnehmer waren mit 83 Millionen Euro die irische Greencore Group und die französische Hühnerfabrik Doux mit rund 63 Millionen Euro.

KOMMENTAR

EU-Recht gilt für alle

Lange hat sich Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner gewiegert, die Empfänger der Agrarsubventionen zu veröffentlichen. Nun hat sie es doch getan. Einzig Bayern zielt sich nach wie vor. Da EU-Recht aber auch für den Freistaat gilt, ist es richtig, dass Brüssel ein Verfahren gegen Deutschland eingeleitet hat. Wer öffentliche Gelder bezieht, darf sich nicht unter dem Deckmantel des Datenschutzes verstecken.

Was Briten schon seit Jahren wissen, nämlich wer im Land wie viel Agrarsubventionen erhält, ist nun auch in Deutschland öffentlich. Es war höchste Zeit, dass Transparenz die Geheimniskrämerei ablöste. Ein großer Wermutstropfen bleibt jedoch: Bayerns Blockadehaltung. Dabei ist diese nicht nur unfair gegenüber den Steuerzahlern, die ein Recht darauf haben zu wissen, was

mit ihrem Geld passiert. Die Weigerung zur Offenheit unterstützt erneut diejenigen, die am meisten von den Millionen profitieren: Lebensmittelkonzerne und Großgrundbesitzer. Dabei haben vor allem Ers-

tere mit Landwirtschaft oft nur am Rande zu tun. Diejenigen, die wenig aus Brüssel bekommen und tatsächlich auf die Gelder angewiesen sind, werden durch die Nicht-Auflistung totgeschwiegen.

Der Streit um die Veröffentlichung der Daten hat gezeigt: In der EU sind noch viele Debatten nötig. Dass die milliardenschweren Agrarsubventionen ein Auslaufmodell sind, muss – so hart es sein mag – auch Deutschland einsehen. Denn jetzt ist es auch in der Bundesrepublik amtlich: Die immer als Förderung der Bauern gehandelten Gelder fließen auf die Konten von Großkonzernen und Exporteuren.



VON HANNA ROTH, MZ